Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Welthofener Zeitung · Aplerbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 292 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Donnerstag, den 13. Dezember 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Der Steuermultiplikator.

wtb. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern beträgt am 13. Dezember 1000 Milliarden.

Generalstreik verboten.

wtb. Berlin, 12. Dez. (Tel.) General Seeckt verbot die Abhaltung des Reichskongreß der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, der am 16. Dezember in der Neuen Welt in der Hasenheide zusammentreten sollte. Der Grund dazu ist die Verbreitung von Flugblättern des vorbereitenden Komitees, in denen zum bewaffneten Aufstand und zur Aufrichtung einer Diktatur des Proletariats aufgefordert wurde.

Ein Eparantrag.

wtb. Berlin, 13. Dez. (Tel.) Die demokratische Fraktion des Landtages verlangte in einem Antrag im Hinblick auf die Notlage des Landes rascheste Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung, insbesondere Zusammenlegung der Ministerien, ferner Verkürzung und Vereinfachung der Landtagsverhandlungen.

Falsche Gerüchte.

wtb. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Belgische und französische Blätter beschäftigen sich in der letzten Zeit wiederholt mit der Anwesenheit angeblicher deutscher Spione in Frankreich und besonders in Belgien. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, die Betriebsgeheimnisse der belgischen Industrie zu erkunden. Diese Gerüchte entbehren, wie den Blättern mitgeteilt wird, schon deshalb jeder Grundlage, weil auf deutscher Seite irgend ein Interesse an solchen Erkundungen nicht besteht.

Weitere Ausgewiesene.

* Paris, 12. Dez. Die Besatzungsbehörden an der Ruhr haben bis jetzt 218 Ausgewiesene zurückkehren lassen.

Der Fall Graff.

wtb. Brüssel, 12. Dez. Auf den Einspruch der deutschen Regierung gegen die von den belgischen Behörden aus Anlaß der Weigerung des Deutschen Reiches, die Entschädigungszahlung wegen der Ermordung des Leutnants Graff zu leisten, in Duisburg und Hamborn vorgenommenen Beschlagnahmungen antwortete die belgische Regierung, Deutschland sei voll und ganz für das Verbrechen verantwortlich.

Belgiens Heeresstärke.

* Paris, 12. Dez. Der belgische Kriegsminister hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den das Kontingent für das belgische Heer im Jahre 1924 auf 74 000 Mann festgesetzt wird. Wird er angenommen, verfügt Belgien mit rund sieben Millionen Einwohnern über ein Heer, das nur 26 000 Mann kleiner ist als die deutsche Reichswehr.

Holländische Hilfe.

wtb. Amsterdam, 13. Dez. (Tel.) In der Woche vom 17. bis 24. Dezember wird das holländische Rote Kreuz in ganz Holland eine Sammlung veranstalten, von deren Ergebnis Zweidrittel der notleidenden deutschen Bevölkerung und ein Drittel den in Deutschland lebenden notleidenden Holländern zugute kommen soll. Am Dienstag fuhr der erste Rote-Kreuz-Zug nach Deutschland ab, welcher Lebensmittel für die Küchen in Berlin und Essen im Werte von 55 000 Gulden mit sich führte. 2000 Kilo Kleider gingen ebenfalls mit dem Zuge ab.

Der Sachverständigenausschuß.

wtb. Washington, 12. Dez. (Tel.) Reuter meldet: Nach hier eingelaufener Nachricht verlautet, daß Deutschland die Teilnahme an dem Ausschuß der Reparationskommission zur Untersuchung der Finanzlage Deutschlands und zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushalts, nicht aber an dem Ausschuß zur Untersuchung der aus Deutschland weggeführten Kapitalien gestattet werde.

Veränderungen in der Regie.

wtb. Paris, 12. Dez. (Tel.) Der zweite Delegierte Italiens in der Reparationskommission d'Ameglio verläßt seinen Posten. Er wird ersetzt durch Generalkonsul Corsi, der zuletzt italienischer Vertreter der Reparationskommission in Berlin war. Auch der zweite belgische Delegierte Bemelmans verläßt bekanntlich am 15. Dezember seinen Posten. Er wird ersetzt durch den jetzigen Kabinettschef des belgischen Ministerpräsidenten Hutt.

Amerikas Mitarbeit.

wtb. Paris, 12. Dez. (Tel.) Der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission teilte heute vormittag dem Generalsekretariat mit, daß seine Regierung der Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Ausschüssen der Reparationskommission zustimme.

Tschechische Bergarbeiter für Frankreich.

* Prag, 12. Dez. In Kladno, Brüx und anderen Bergarbeitergemeinden wurde dieser Tage bekanntgemacht, daß bei den Arbeitsvermittlungsanstalten Bergarbeiter für französische Gruben angenommen würden.

Baldwin, Asquith, Macdonald.

wtb. London, 12. Dez. (Tel.) Baldwin hatte gestern abend mit Asquith und Ramsay Macdonald Besprechungen. Der Premierminister machte den beiden Parteiführern von seinem Entschluß Mitteilung, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Amt zu bleiben.

Der Aufstand in Mexiko.

wtb. Veracruz, 12. Dez. Das Hauptquartier der Revolutionäre gibt bekannt: Die Garnison Tampico schloß sich den Revolutionären an. Sollte sich diese Meldung bestätigen, dann ist die ganze Küste des mexikanischen Golfes in der Hand der Aufständischen, die gegen die Stadt Mexiko vorrücken.

Der furchtbare Ernst der Finanzlage.

bb Berlin, 12. Dez. (Privattel.) Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt in einem Artikel über den Ernst der deutschen Finanzlage: Durch Abstoppen der Notenpresse seien die Reichsfinanzen in eine geradezu furchtbare Lage gekommen. Das Reich versuche, die Bedürfnisse dadurch in etwa zu befriedigen, daß es goldangewertete Steuern noch im Dezember einbringen will, wodurch jedoch das Reich aus dem gegenwärtigen Finanzelend nicht herausgebracht werden könne. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als sich um Hilfe von außen zu bemühen. Die Reichsregierung werde sich darüber klar werden müssen, in welcher Form sie offiziell die Hilfe des Auslandes anrufe. Nach den Erfahrungen, die bisher mit solchen Anträgen bei der Reparationskommission oder der Botschafterkonferenz gemacht wurden, bestehe nicht viel Neigung, diesen Weg erneut zu beschreiten und so sei es erklärlich, daß sich eine starke Strömung für einen Appell an den Völkerbund geltend mache, die also für Deutschland den gleichen Weg empfehle, den Oesterreich gegangen sei. Eine solche äußere Hilfe würde allerdings ohne sehr erhebliche Einschränkung unserer Souveränität gerade auf finanziellem Gebiete nicht erhältlich sein.

Die Tagung des 60er-Ausschusses.

wtb. Köln, 12. Dez. (Tel.) Der Sechziger-Ausschuß trat gestern, den 11. Dezember, zur ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Justizrat Mönnig im Stadtverordnetensitzungssaal in Köln zusammen. Auf Grund eines Berichtes des Abg. Professor Moldenhauer über die in der vorigen Woche stattgehabten Verhandlungen in der Reichskanzlei entwickelte sich eine eingehende Aussprache über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten, die sich bieten. Der Standpunkt der Reichsregierung, dem besetzten Gebiet jede denkbare Hilfe zuteil werden zu lassen, wurde dankbar anerkannt.

In der Aussprache beschäftigte man sich namentlich mit der Erwerbslosenfürsorge, der Lage der Beamten und der Währungsfrage, wertbeständiges Notgeld und Rheinisch-Westfälische Goldnotenbank. Daneben bildete das Eisenbahnabkommen den Gegenstand einer besonderen Erörterung.

Zu Beschlüssen konnte die Versammlung nicht kommen, weil endgültige Entschließungen des Reichskabinetts noch nicht vorlagen. Der Ausschuß vertagte sich daher auf Mittwoch, den 19. Dezember, mittags 1 Uhr. Diese Tagung soll zu den Beschlüssen des Kabinetts Stellung nehmen; sie wird vorbereitet durch einen Ausschuß, bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden. Allseitig wurde betont, daß es den deutschen Interessen widerspreche, wenn von dritter Seite ohne Fühlungnahme mit der Reichsregierung Verhandlungen mit den Besatzungsmächten geführt würden.

Der 15er-Ausschuß über Beamtenfragen.

NDZ. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Der 15er Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Verordnung über die Goldgehälter der Beamten. Von seiten der Reichsregierung wurden die neuen Bestimmungen ausführlich dargelegt und erläutert. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß es sich nicht vermeiden lasse, die Beamtenschaft an dem schweren finanziellen und wirtschaftlichen Druck zu beteiligen, der in Deutschland auf der Allgemeinheit laste. Es sei jedoch zu hoffen, daß die jetzt normierten Goldgehälter nur eine Uebergangsmaßnahme bedeuteten, und daß bei Besserung der Finanzlage die Gehälter und vor allem auch die sozialen Besoldungsbestandteile den Lebensnotwendigkeiten angepaßt werden würden, insbesondere sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatteten, der Ortszuschlag der Neuregelung des Mietzinses entsprechend angepaßt würde.

In eingehender Diskussion wurden dann von den Parteivertretern Vorschläge geäußert und die Einzelheiten der Verordnung durchgearbeitet.

Nach beendeter Debatte über die Goldgehälter der Beamten wurde vom 15er Ausschuß ein Antrag angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, die Grundgehälter der Beamten sowie die Sozialzulage auf einer Höhe, die den Lebensnotwendigkeiten mehr gerecht wird, zu bringen, sobald der Reichstag die dazu erforderlichen Mittel beschafft hat. Ferner wurde der Reichsregierung empfohlen, den Artikel 5 der Goldgehältervorlage zurückzuziehen, der bei verzögerter Auszahlung von Dienstbezügen den Rechtsanspruch auf Verzinsung oder Ersatz des durch die Verspätung entstandenen Schadens verneint. Alsdann wandte sich der Ausschuß der Einzelberatung über die Beamtenabbauverordnung zu. Hierbei wurde ein Antrag angenommen, wonach die in der Verordnung vorgesehene Abänderung des Reichsbeamtengesetzes, daß jeder Beamte sich zur Versetzung in ein anderes Amt derselben Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Range und planmäßigen Dienst gefallen lassen muß, bis zum 31. März befristet wird. Nach weiterer Aussprache über Artikel 1 und 2 der Abbauverordnung vertagte sich der Ausschuß auf morgen.

In der Einzelberatung über die Beamtenabbauverordnung wurde ein Antrag angenommen, wonach die in der Verordnung vorgesehene Abänderung des Reichsbeamtengesetzes, daß jeder Reichsbeamte sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Range und dem planmäßigen Diensteinkommen gefallen lassen muß, bis zum 31. März 1927 befristet wird.

bb Berlin, 12. Dez. (Privattel.) Das Berliner Tageblatt meldet: Das Reichskabinett setzt in den nächsten Tagen die Arbeitszeit der Beamten durch einen Beschluß fest. Die Regierung vertrete den Standpunkt, daß unter sehr erträglichen Bedingungen die Beamten eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müssen, als die Bergarbeiter, die jetzt unter Tag acht Stunden und über Tage sogar zehn Stunden tätig sind. Uebrigens hätten die Bergarbeiter, als sie dieser Regelung zustimmten, keinen Zweifel gelassen, daß eine entsprechende Erhöhung der Arbeitszeit bei den Beamten Voraussetzung sei. Aus verschiedenen Andeutungen glaube die Regierung entnehmen zu müssen, daß sich die Beamtenschaft mit Streikabsichten oder doch zum mindesten mit der Absicht trage, durch passiven Widerstand die geplante Entscheidung bis zu einem gewissen Grade illusorisch zu machen. In einem solchen Fall würde der 25prozentige Beamtenabbau sofort durchgeführt werden. Man würde das Hauptaugenmerk auf solche Beamten richten, die durch Resistenz gegen die neue Arbeitszeitregelung zu opponieren versuchen sollten.

Ein Zwischenfall im 15er-Ausschuß.

wtb. Berlin, 13. Dez. (Tel.) Als sich heute der kommunistische Abgeordnete Herz im Auftrag seiner Fraktion in die Sitzung des 15er Ausschusses begab, um der Sitzung als Zuhörer beizuwohnen (die Kommunisten sind in dem 15er Ausschuß nicht vertreten), hat ihn der Vorsitzende, den Saal zu verlassen, da die Sitzung vertraulich sei. Erst nachdem der Vorsitzende vorgeschlagen hatte, die Sitzung in einem anderen Raum abzuhalten, verließ Abg. Herz die Sitzung. Aus diesem Anlaß richtete die kommunistische Fraktion an den Reichstagspräsidenten Löbe ein Schreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß § 34 der Geschäftsordnung ausdrücklich bestimme, daß nicht dem Ausschuß angehörende Abgeordnete das Recht hätten, den Ausschußsitzungen als Zuhörer beizuwohnen. Den Ausschluß der Oeffentlichkeit könne nur der Reichstag beschließen. Die Kommunisten ersuchen den Präsidenten, ihre nach der Geschäftsordnung zustehenden Rechte zu wahren. Der Ausschluß eines Mitgliedes ihrer Fraktion von den Beratungen des Ausschusses sei ein Willkürakt, den der Präsident nicht dulden dürfe und den sie ruhig hinzunehmen nicht gewillt seien.

Ein Putschversuch in Lissabon.

wtb. Paris, 12. Dez. (Tel.) Nach einer Havas-Meldung aus Lissabon wurde in der Nacht zum Dienstag ein Angriffsversuch gegen das Palais des Präsidenten der Republik von der Wache des Palais zurückgewiesen. Es habe sich darum gehandelt, dem Präsidenten ein neues Kabinett aufzuzwingen. Der Versuch dürfte von Extremisten mit Unterstützung der Mannschaft des Torpedobootes Douro unternommen worden sein.

wtb. Madrid, 12. Dez. (Tel.) Ein hiesiges Blatt veröffentlicht folgende Mitteilungen über den Zwischenfall in Lissabon. Vorgestern abend um 9 Uhr hätte ein starker Angriffsversuch gegen das Palais des Präsidenten der Republik stattgefunden. Die Wache habe jedoch auf die Angreifer geschossen, die mit zwei Bomben das Feuer erwiderten, ohne Schaden anzurichten. Darauf habe die Wache von neuem geschossen, wodurch ein Angreifer getötet und mehrere verwundet wurden. Ein weiterer Angriffsversuch gegen das Palais des Präsidenten sei um 11 Uhr unternommen worden. Auch dieser Angriff sei zurückgewiesen worden. Jetzt herrsche wieder Ruhe. Die Unternehmung hätte die Errichtung der Diktatur zum Ziele gehabt, auf die ein extremistisches Kabinett hätte folgen sollen.

Die rhein.-westf. Goldnotenbank.

wtb. Köln, 12. Dez. (Tel.) Heute nachmittag sind die Verhandlungen über die Gründung der Rheinisch-Westfälischen Goldnotenbank zwischen der deutschen Bankiergruppe und den Vertretern der französisch-belgisch-neutralen Gruppe festgesetzt und zum Abschluß gebracht worden. Ueber alle Punkte ist eine Einigung erzielt und die Statuten festgelegt worden. Die Statuten werden nunmehr der deutschen Regierung und der Rheinlandkommission vorgelegt werden.

Lebenshaltungs- u. Großhandelsindex.

wtb. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 10. Dezember auf das 1269milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1515milliardenfache) ist demnach eine Abnahme von 16,2 Prozent zu verzeichnen.

wtb. Berlin, 12. Dez. (Tel.) Die auf den Stichtag des 11. Dezember berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt eine weitere Senkung ihres Goldstandes (1913 = 100) auf 127,4 und in Papiermark bei dem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark auf das 1274,5-milliardenfache des Friedensstandes, somit gegenüber dem Stand vom 4. Dezember 133,7 Gold bezw. 1337,4-milliardenfache um 4,7 Prozent. — Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel (Großhandel) um 7,6 Prozent auf 112,5 Gold, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 9,8 Prozent auf 87,3 und Industriestoffe um 0,4 Prozent auf 155,4 zurückgegangen. Die Gruppe Kohlen und Eisen blieb mit 168,1 unverändert. Die Indexziffer der Einfuhrwaren sank ferner um 3,9 Prozent auf 155,7 und die der Inlandswaren um 4,9 Prozent auf 121,8.

Preußischer Landtag.

NDZ Berlin, 12. Dez. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht die gemeinsame Beratung der großen Anfragen und Anträge, die sich mit dem Ausnahmezustand und seinen Wirkungen an der militärischen und polizeilichen Verwaltung praktisch beschäftigen. Die Deutschnationalen führen in fünf großen Anfragen Beschwerde über die Verbote rechtsgerichteter Zeitungen und Organisationen, sowie über die Vereabschiedung von Landräten. Von den Kommunisten liegen sechzehn große Anfragen und acht Anträge vor, in denen gegen die Parteiverbote und gegen militärische und polizeiliche Maßregelungen in verschiedenen Orten protestiert wird.

Nach stundenlangen Antrags- und Anfragebegründungen wurde um 5¼ Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 13. Dezember.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 11. XII.	1274,5
Lebenshaltg. „ „ „ am 10. XII.	1269
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 13. XII.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 3. XII.	400
Steuervervielfältigungsmultiplikator in der Woche vom 9. XII.—15. XII.	850000
Goldankaufspreis der Reichsbank am 10. XII. für ein Zwanzig-Mark-Stück	19,257 584 000 000 M.
Fernbrief ab 1. XII.	10 Pfg.
Postkarte ab 1. XII.	5 Pfg.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	11. Dezember		12. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gulden	1596000	1604000	1599000	1604000
Buenos-Aires 1	1319700	1323300	1316700	1323300
Belgien 1 Fr.	193515	194585	193510	196490
Norwegen 1 Kr.	626130	629570	628425	631575
Dänemark 1 Kr.	746130	749870	746130	749870
Schweden 1 Kr.	1101240	1106760	1103225	1108775
Finnland 1 M.	103740	104260	103740	104260
Italien 1 Lire	183540	184460	181545	182455
England	18254000	18354000	18254000	18354000
New York 1 D.	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris 1 Frk.	213440	224560	225435	226565
Schweiz 1 Frk.	730170	733830	732165	735835
Spanien 1 Pes.	548630	549370	548625	551375
Japan	1995000	2005000	1995000	2005000
Rio de Janeiro	379050	380950	380050	380375
Wien 100 Kr.	5985	6015	5985	6015
Prag 1 Kr.	123930	124310	123930	124310
Budapest 1 Kr.	219450	220550	219470	220530
Sofia	30124	30276	28728	28872
Jugoslawien	47281	47419	47381	47619

(Alles in Millionen Mark.)

Der Dollar am 12. XII. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000 Brief: 4 210 500 000 000

Politische Umschau

Die Philologen zur Frage der Goldgehälter.

* **Düsseldorf**, 11. Dez. In einer Entschließung des Rheinischen Philologenvereins zur Frage der Goldgehälter heißt es: „Der Rheinische Philologenverein hat mit Entrüstung von den vorgeschlagenen sogenannten Goldgehältern der Beamten Kenntnis genommen. Selbst als Zwischenlöhnung müssen sie abgelehnt werden. Wir müssen eine wesentliche Heraufsetzung des allgemeinen Besoldungsniveaus verlangen. Der besonderen Notlage der Familien kann nur durch eine Vervielfachung der Kinderzulagen abgeholfen werden. Die Umrechnung der sogenannten Goldgehälter hat so zu erfolgen, daß ihre Kaufkraft in allen Teilen des Reiches gleich ist. So lange das nicht der Fall ist, kann ein Abbau der Sonderzulage für das besetzte und Einmarschgebiet nicht in Frage kommen. Die Kaufkraft der Gehälter und Löhne ist durch rücksichtsloses Vorgehen gegen Preistreiberei und Wucher zu heben. Statt papierener Verfügungen verlangen wir endlich Taten, statt wirkungsloser Geldstrafen Gefängnis und Zuchthaus. Es ist ein schreiendes Unrecht, daß auch jetzt wiederum bei dem Versuche, die Währung zu stabilisieren, Lohn- und Gehaltsempfänger allein die Lasten tragen sollen. Darum sind auch die Höchstverdiener sofort und wirksam zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen, und zwar mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung die Beamten dem Hunger und der Not preisgibt."

Die deutsche Botschaft in Paris.

bb **Berlin**, 11. Dez. Der Pariser Temps hat dieser Tage davon gesprochen, daß Deutschland Frankreich neue Vorschläge unterbreiten wolle, und hinzugefügt, diese Vorschläge würden, wenn sie erfolgt seien, mit derjenigen Aufmerksamkeit geprüft werden, die sie verdienten. Aber sie könnten nur auf offiziellem Wege kommen, und es müsse bemerkt werden, daß Deutschland noch immer keinen Botschafter in Paris ernannt habe, obwohl der Ruhrkrieg beendet sei. Die „Zeit", das Organ des Ministers des Auswärtigen Dr. Stresemann stellt hierzu fest, daß die Ausführungen des offiziösen Blattes in hiesigen amtlichen Kreisen sehr überrascht hätten. Wegen der Ernennung eines deutschen Botschafters in Paris seien Anregungen schon vor langer Zeit von deutscher Seite aus ergangen. Bisher sei eine offizielle Antwort Frankreichs auf diese deutschen Anregungen nicht erfolgt, weshalb deutscherseits darüber bereits nachgefragt worden sei. Es müsse also seltsam erscheinen, wenn jetzt das Blatt des Quai d'Orsay, das doch auch die personellen Vorschläge für diesen Posten kennen müsse, statt einer Antwort Frankreichs auf die deutschen Anregungen Vorwürfe an die deutsche Adresse richte.

Die preußische Roggenwertanleihe.

wtb. **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Die Zeichnung auf die 5prozentige Roggenwertanleihe des Freistaates Preußen wird am Freitag geschlossen. Der für sie maßgebende Börsenkurs von heute (Mittwoch) erfuhr, wie dem Amtlichen preußischen Pressedienst aus dem Finanzministerium mitgeteilt wird, im Anschluß an den vorübergehenden Preisrückgang des Roggens an der Berliner Produktenbörse eine Ermäßigung auf 7500 (vorher 8500), da der Bremer Roggenpreis weiter mit 2 Dollar gleich 8400 Milliarden Mark notiert, darf der Kurs von 7500 auf den Zeichner, der überdies noch einen Rabatt von fünf Prozent erhält, als vorübergehend besonders niedrig erachtet werden.

Kardinal Faulhaber und der Hitlerputsch.

wtb. **München**, 12. Dez. (Tel.) Das Zentralkomitee der Münchener Katholiken befaßte sich gestern erneut mit den Angriffen gegen die katholische Kirche und Kardinal Faulhaber. In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung wird die bayrische Staatsregierung aufgefordert, alles zu veranlassen, was geeignet sei, derartige Vorkommnisse für alle Zukunft unmöglich zu machen und den pflichtgemäßen Schutz der katholischen Kirche und ihrer Würdenträger unter allen Umständen sicherzustellen. Die katholische Bevölkerung sei nicht gewillt, sich derartige Provokationen noch einmal bieten zu lassen, ohne ihrerseits zur allerschwersten Gegenwehr zu schreiten. Das Zentralkomitee erläßt hierzu eine längere Erklärung, worin u. a. die Behauptung, daß Kardinal Faulhaber in der Nacht zum 9. November den Generalstaatskommissar umgestimmt und dadurch das nationale Unternehmen zum Scheitern gebracht habe, daß er die Loslösung Bayerns vom Reiche anstrebe und auf eine Bildung einer Donaumonarchie hinarbeite, als absolut unwahr bezeichnet werde.

Die Bezüge des früheren Großherzogs.

* **Darmstadt**, 11. Dez. Der Sonderausschuß des Landtags hatte sich heute wieder einmal mit dem früheren Großherzog zu beschäftigen, der bekanntlich mit dem hessischen Staat wegen der ihm zustehenden Bezüge im Prozesse liegt. Die Regierung hat dem Ausschuß den Entwurf einer neuen Vereinbarung vorgelegt, in dem die beiden Parteien unter Verzicht auf eine vorläufige Weiterführung des Prozesses sich dahin einigen, daß dem früheren Großherzog der monatliche Betrag von 4000 Goldmark zustehen soll. Der Ausschuß hat den Beschluß über diese Angelegenheit auf morgen vertagt.

Die kommunistische Organisation.

bb **Berlin**, 11. Dez. Nach einer Mitteilung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes läßt die Kommunistische Partei, deren Zentrale sich in das Ausland begeben hat, nach dem gegen sie ergangenen Verbot ihre Unterbezirke soweit als möglich illegal weiterarbeiten. Bemerkenswert für die Gesamteinstellung der Kommunistischen Partei ist ein Zirkular der Zentrale, das dem Kommunistischen Nachrichtenleiter durch Kuriere übermittelt worden ist. Es sollte von dem Nachrichtenleiter gemeinsam mit einem „anderen verantwortlichen Genossen" durchgelesen, in dessen Gegenwart vernichtet und die vollzogene Vernichtung der Zentrale gemeldet werden. Nach der genannten Korrespondenz heißt es in dem Zirkular, daß der Nachrichtenapparat ein militärisch organisierter Apparat sei. Weisungen, Aufträge, Befehle müßten durchgeführt werden. Doch sei bisher nur wenig davon zu merken, daß die erlassenen „allgemeinen Richtlinien für die Arbeit" durchgeführt würden. Das dürfe sich nicht wiederholen. Jede Richtlinie, jede Weisung, jede Anordnung, jeder Auftrag und jeder Befehl müßten unverzüglich befolgt und peinlich durchgeführt werden. Zur Erleichterung dieser Aufgabe übersendet die Zentrale einen „Kalender für Reichswehr und Marine für das Jahr 1924", in dem besonders auf die Kapitel über den „militärischen Verkehr" und auf die Bestimmungen über Orts- und Zeitbezeichnungen hingewiesen wird. Im übrigen verlangt die Zentrale von den illegalen Unterorganisationen, daß sie genaue Karlotheken anlegen, in denen für jeden einzelnen Ort und Bezirk die Verteilung der militärischen Kräfte (Reichswehr, Polizei, schwarze Reichswehr bewaffnete Faszisten) eingetragen werden muß.

Die französische Kammer über das Stimmrecht der Frauen.

* **Paris**, 11. Dez. Die französische Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Verhandlung über das Frauenstimmrecht begonnen. Vor dem Eintritt in die Aussprache brachte der Abgeordnete Roulleaux-Dugage einen Antrag ein, der die sogenannte Familienabstimmung verlangt. Mann und Frau, die das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben, sollen das Stimmrecht erhalten, und es soll dem einen oder dem andern, je nachdem es sich um den Hausvorstand handelt, für jedes minderjährige Kind eine Zusatzstimme gewährt werden. Der Antragsteller tritt natürlich auch grundsätzlich für das Frauenstimmrecht ein, er will aber durch ihn gewissermaßen auch Bevölkerungspolitik treiben. Nach seiner Ansicht würde, da die Rekrutierung im Jahre 1922 nur 250 000 Mann ergeben habe, im Jahre 1936 nur mit 130 000 Mann zu rechnen sein. Aus diesem Grunde will er den Minderjährigen das Recht zugestehen, ihre politischen Rechte auf ihre Eltern und Vormünder zu übertragen. Nach seiner Ansicht muß man auch einen Ausgleich für die Kriegsverluste schaffen, namentlich im Hinblick auf die 460 000 Kriegerwitwen, denen das Recht zuerkannt werden müsse, für sich und die ihnen anvertrauten Kinder die Staatsgeschäfte zu überwachen und zu beeinflussen. Die Kammer beschloß mit 450 gegen 135 Stimmen, diesen Antrag in Berücksichtigung zu ziehen. Er wird einem Ausschuß überwiesen, der ihn durchzuberaten hat. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß dieser Antrag Gesetzkraft erlangt. Dagegen scheint es kaum noch zweifelhaft, daß die Frage des Frauenstimmrechts einen großen Kampf auslösen wird.

wtb. **Paris**, 12. Dez. (Tel.) Der gestern in der Kammer zur Ausschußberatung angenommene Gesetzentwurf betr. die Familienabstimmung fand auch die Billigung des Kabinetts. Der Innenminister erklärte im Laufe der Debatte, das Kabinett werde Maßnahmen ergreifen, um einer weiteren Entvölkerung vorzubeugen, und vor der Kammer die Berücksichtigung der kinderreichen Familien durch ein Wahlsystem unterstützen.

Rhein und Ruhr.

Neue Maßnahmen der Reichsregierung.

Berlin, 11. Dez. Das WTB verbreitet folgende Meldung: Das Reichskabinett hat nach erneuter eingehender Beratung der Lage und der Erfordernisse des besetzten Gebiets eine Reihe von Maßnahmen, die im besetzten Gebiet zur Durchführung kommen sollen, beschlossen. Die Rentenmark soll wegen der Gefahr der Beschlagnahme und weil ihre Fundierung im besetzten Gebiet bis jetzt nicht erfolgt ist, im besetzten Gebiet amtlich nicht eingeführt werden, doch bestehen gegen die Verwendung der Rentenmark im Postscheckverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet keine Bedenken. Zur Erleichterung des Ueberganges von der bisherigen Notgeldwirtschaft zur Einführung des wertbeständigen Notgeldes werden noch Verhandlungen mit der Reichsbank geführt werden, die Aussicht auf Erfolg haben. Die Schaffung von Notgeld auf der vom Reichsfinanzminister mit den Vertretern des besetzten Gebiets vereinbarten Grundlage soll unverzüglich mit allem Nachdruck durchgesetzt werden. Die Ausgabe des wertbeständigen Notgeldes ist in wenigen Wochen zu erwarten. Den Gemeinden und Kommunalverbänden des besetzten Gebiets soll durch Verordnung die Befugnis beigelegt werden, im Wege eines einfachen Gemeindebeschlusses die Zahlung Abgaben und Gebühren an die Gemeinden in wertbeständigem Notgeld anzuordnen (vergl. Nr. 840 der Kölnischen Zeitung). Gegen die Errichtung der geplanten Rheinischen Goldnotenbank bestehen im Kabinett erhebliche Bedenken. Insbesondere ist vor der endgültigen Entscheidung in erster Linie die Frage zu klären, ob die Rheinische Goldnotenbank in der künftigen Zentralnotenbank aufgehen wird. Um den Gemeinden die nötigen Einnahmen zu sichern, sollen die Reichsanteile an der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie zwei Drittel des Reichsanteils an der Umsatzsteuer den Gemeinden, in deren Bezirk sie aufkommen, als Kassenvorschuß überlassen bleiben. Den Gemeinden wird ein Zuschlagsrecht zur Umsatzsteuer eingeräumt.

Entsprechend den Wünschen des besetzten Gebiets und aller politischen Parteien soll das besetzte Gebiet auch weiterhin bei der Erwerbslosenfürsorge nach denselben Grundsätzen wie das übrige Deutschland behandelt werden. Die im Uebergangshaushalt für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge bis 31. März 1924 verfügbaren Mittel sollen nach Erschöpfung der für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet zunächst ausgeworfenen 88 Millionen Goldmark in gleichen Sätzen für das besetzte und das unbesetzte Gebiet zur Verfügung gestellt werden, und zwar mit der Maßgabe, daß Länder und Gemeinden für die kontingentierten Reichszuschüsse mindestens in Höhe ihrer gesetzlichen Anteile beisteuern. Die Fürsorge für Kurzarbeiter muß nötigenfalls abgebaut werden. Es soll ferner die Gewährung von Erwerbslosenfürsorge verweigert werden, wenn vorhandene Arbeit ohne triftigen Grund nicht angenommen wird. Im übrigen sollen die bereits eingeleiteten kartitativen Maßnahmen so nachdrücklich wie möglich betrieben und vom Reichswirtschaftsminister alle sachdienlichen Mittel angewandt werden, um namentlich durch entschlossenes Vorgehen gegen Ausschreitungen des Kartellwesens eine Senkung des Preisniveaus zu erreichen. Die Fürsorge für die Gefangenen und für die ausgewiesenen Beamten und Privatpersonen soll mit der Maßgabe weitergeführt werden, daß im Hinblick auf die Finanzlage auf Einschränkungen und Ersparnisse bei der Fürsorge für die Ausgewiesenen noch strenger als bisher hingewirkt werden soll. Für das Sonderverfahren und für die Ansprüche aus dem Okkupationsleistungsgesetz, dem Personenschädengesetz und den Richtlinien für die Entschädigung der Ausgewiesenen bleiben die bisherigen Entscheidungen des Reichskabinetts mit den darin vorgesehenen Einschränkungen aufrechterhalten. Erstattungsfähig bleiben demnach Quartiervergütung, Requisition von Möbeln, Bedarfsgegenständen usw.

Die Reichsregierung steht in voller Uebereinstimmung mit dem preußischen Staatsministerium auf dem Standpunkt, daß staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebiets nur auf verfassungsmäßigem Wege vollzogen werden könnten. Sie lehnt daher nachdrücklich jede Ermächtigung zu Schritten ab, die außerhalb des in der Reichsverfassung vorgesehenen Weges staatsrechtliche Veränderungen des besetzten Gebiet vollziehn oder vorbereiten würden. Die Reichsregierung ist bestrebt, zur Linderung der Besetzungslasten, zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Befreiung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen wie überhaupt zur Lösung aller Fragen des besetzten Gebiets möglichst bald in unmittelbare Verhandlungen mit den Besetzungsmächten zu kommen.

Weihnachtspaketverkehr mit dem besetzten Gebiet.

* **Köln**, 12. Dez. Wie die Kölnische Zeitung von zuverlässiger Seite hört, hat die Rheinlandkommission, zunächst bis zum 27. Dezember, einen Weihnachtspaketverkehr von und nach dem unbesetzten Gebiet genehmigt. Die Pakete dürfen höchstens 5 Kilogramm schwer sein und müssen die Aufschrift „Weihnachtssendung" tragen; es ist weder eine Zu- noch eine Ablaufbewilligung notwendig; es wird lediglich durch die deutschen Postbeamten eine Pauschgebühr erhoben, und zwar von 10 Goldpfennig für jedes herausgehende und 20 Goldpfennig für jedes hereinkommende Paket. Die Pakete werden, wie üblich, den Empfängern ins Haus gebracht werden. Ausgenommen von der Versendung in Paketen dieser Art sind u. a.: Edelsteine, Tabak, Zigarren, Zigaretten, künstliche Farbstoffe, chemische Stoffe, Pelze, Elfenbein, Seide. Die Bevölkerung hat mit den Zollstellen unmittelbar nichts zu tun. Die Bahnwagen mit den Paketen werden plombiert über die Grenze des besetzten Gebiets hinüber und herüber gebracht. Für die Zeit nach dem 27. Dezember ist eine weitergehende Regelung geplant. Es sollen dann Pakete bis zu 20 Kilogramm zugelassen werden; die Pauschgebühren werden dabei wesentlich höher sein und sich nach dem Gewicht staffeln. Die hiesige Postverwaltung hofft, den Paketverkehr spätestens am kommenden Montag in Gang gebracht zu haben.

Arbeitsfragen.

Der Streik der österreichischen Postangestellten.

wtb. **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Wegen der durch den Ausstand der Post- und Telegraphen-Angestellten in Oesterreich hervorgerufenen Betriebsunterbrechung werden vorläufig Telegramme nach Oesterreich und Pakete nach Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen, doch ist ihre Weiterbeförderung zweifelhaft.

wtb. **Wien**, 13. Dez. (Tel.) Der Teilausstand der Postangestellten verläuft vollkommen ruhig; irgend welche Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Die Verhandlungen des Unterausschusses des Finanzausschusses mit dem Arbeitsausschuß der Angestellten einerseits und der Regierung andererseits dauerten bis 1 Uhr früh, um heute früh wieder aufgenommen zu werden. Die Blätter erwarten für heute eine Einigung.

Bevorstehende Steuer-Notverordnungen

bb **Berlin**, 11. Dez. Die K. Ztg. erfährt, daß der Erlaß von zwei Steuer-Notverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes bevorsteht.

I.

Die erste Notverordnung beschäftigt sich mit der Abschlußzahlung auf die im Dezember fällige Einkommen- und Körperschaftssteuerschuld für 1923. Wahrscheinlich wird diese Zahlung 40 bezw. 60 Goldpfennig pro 1000 Mark Jahresschuld betragen.

Weiter beschäftigt sich diese Verordnung mit den Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer im Jahre 1924. Sie unterscheidet zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Bei der Landwirtschaft werden sich die Vorauszahlungen an die Vermögenssteuerveranlagung für den 31. Dezember 1923 anschließen. Sie wird eine Goldmark für je 1000 Mark Vermögen betragen. Beim Gewerbe, Bergbau und beim Einkommen der Erwerbsgesellschaften richten sich die Vorauszahlungen nach den Roheinnahmen abzüglich der Lohn- und Gehaltsaufwendungen. Der Steuersatz ist 2 Prozent. Bei den freien Berufen und den Inhabern fest verzinslicher Papiere bemessen sich die Vorauszahlungen nach dem Ueberschuß der Einkünfte über die Werbungskosten. Die Steuer beträgt für die ersten 2000 Goldmark Einkommen vierteljährlich 10 Prozent, bei höheren Beträgen 20 Prozent. Der Steuerabzug wird wahrscheinlich vollständig neu geregelt werden und zwar in Form eines prozentualen Abzuges mit einer für alle Arbeitseinkommen geltenden Freigrenze.

Die Kapitalertragssteuer lebt in Form eines Steuerabzuges vom Kapitalertrag in Höhe von 10 Prozent wieder auf. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen spielt der Aufwand eine große Rolle.

Bei der Vermögenssteuer findet die Bewertung des Vermögens in Goldwert statt und zwar grundsätzlich nach dem gemeinen Wert. Sie beträgt bei Vermögen über 50 000 Mark 5 pro Tausend, bei den Vermögen unter 50 000 Mark 4 pro Tausend, bei Vermögen unter 25 000 Mark 3 pro Tausend. Dazu kommen noch Zuschläge zur Vermögenssteuer von 20 bis 50 Prozent für die ganz großen Vermögen.

Auch die Erbschaftssteuer wird auf Gold gestellt und nach dem gemeinen Wert erhoben. Die Umsatzsteuer wird auf 2½ Prozent festgesetzt. Jedoch sind Ermäßigungen für Zeitungen und Zeitschriften vorgesehen. Ebenso wird bei den indirekten Steuern und bei den Verkehrssteuern entweder automatisch oder nach näheren Bestimmungen des Reichstages die Goldmarkberechnung zugrunde gelegt.

II.

Eine zweite Steuer-Notverordnung beschäftigt sich mit dem Recht der Aufwertung von Forderungen, die auf Reichsmark lauten. Diese Frage ist in letzter Zeit im Anschluß an ein kürzlich ergangenes Reichsgerichtsurteil über die Aufwertung von Hypotheken lebhaft diskutiert worden. Die neue Verordnung wird ein Recht zur Aufwertung von auf Reichsmark lautenden Forderungen nicht zugestehen, soweit nicht durch besondere Vereinbarung eine Aufwertung vorgesehen ist. Indessen soll der Geldentwertungsvorteil durch eine Steuer für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Hierbei kommen zunächst in Betracht die dringlichen Lasten. Die Beratungen hierüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Man kann indessen soviel sagen, daß das Reich den Gemeinden die Erhebung einer Mietzinssteuer an die Hand geben wird. Dem Hausbesitzer wird dabei ein bestimmter Prozentsatz der allmählich zu erreichenden Friedensmiete zugestanden und zwar vom 1. April ab 30 Prozent, allmählich steigend bis zu 50 Prozent am 1. Oktober 1924.

Bei den Schuldverschreibungen und Obligationen wird das Reich eine Goldsteuer erheben und zwar nach dem Goldmarkbetrag unter Abzug des Goldmarktilgungssatzes. Es handelt sich hierbei um eine einmalige Steuer zu einem Satz von 10 Prozent, die wahrscheinlich in vier Terminen erhoben werden wird.

Neu geregelt wird durch die Verordnung auch das steuerliche Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Es handelt sich dabei naturgemäß nicht um etwas endgültiges. Die Länder werden von der Einkommen- und Körperschaftssteuer 90 Prozent erhalten. Die Kraftfahrzeugsteuer wird ihnen vollständig zufallen. Dazu kommt ferner die oben erwähnte Mietzinssteuer. Dagegen wird wahrscheinlich der Anteil der Länder an der Erbschaftssteuer und Umsatzsteuer fortfallen. Indessen besteht die Möglichkeit, daß bezüglich der Umsatzsteuer für die bedrängten Gemeinden des besetzten Gebietes eine besondere Regelung getroffen wird. Als Gegenleistung für diese Abtretung werden sich die Zuschüsse des Reiches an die Länder progressiv vermindern, um am 1. Oktober 1924 völlig fortzufallen.

Aus Nah u. Fern.

Falsche Fünf-Billionenscheine.

* **Lennep**, 12. Dez. Falsche Fünf-Billionenscheine des Landkreises Lennep sind im Umlauf. Der echte Schein ist durch einen Trockenstempel mit dem preußischen Adler und der Umschrift Landrat des Kreises Lennep geschützt, der sich in der oberen rechten Ecke des Scheines befindet. Die Umrahmung auf der Vorderseite des echten Scheines ist ein Lorbeerrändchen, auf dem falschen Schein ein Zackenrändchen. Vollkommen abweichend sind auf der Rückseite des falschen Scheines die Verzierungen links und rechts des Bildes. Auf dem echten Schein befinden sich links und rechts oberhalb und unterhalb der Worte Landkreis Lennep Ornamentverzierungen, auf dem falschen Schein dagegen oberhalb und unterhalb der Worte Landkreis Lennep je drei Sterne. Die Konturen des auf der Rückseite des Scheines befindlichen Bildes des Grafen Adolf des Ersten von Berg sind auf dem falschen Schein wesentlich schärfer als auf dem echten. Auf dem Bilde des echten Scheines sieht der Graf nach vorne, einen Speer in der rechten Hand haltend, auf dem Bilde des falschen Scheines wendet der Graf dem Beschauer den Rücken zu, nach links zum Fenster hinblickend und den Speer in der linken Hand haltend. Diese krassen Unterschiede sind auch bei oberflächlicher Prüfung von jedermann leicht zu erkennen.

Provinzialausschuß der Rheinprovinz.

wtb. **Düsseldorf**, 12. Dez. (Tel.) Der Provinzialausschuß der Rheinprovinz, der zurzeit auch die Rechte des Provinziallandtags ausübt, hat in seiner Sitzung am 11. Dezember beschlossen, daß entsprechend der Anregung der Vereinigung der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebiets durch die Landesbank der Rheinprovinz wertbeständiges Geld herausgegeben wird. Ferner wurde die Verpachtung der Hebammenlehranstalt in Köln an die Stadt Köln vom 1. April 1924 an beschlossen, so daß dann die Provinzialverwaltung nur noch eine Hebammenlehranstalt in Elberfeld betreibt. Die Stadt Köln wird die Anstalt als Universitätsklinik für Gynäkologie und Geburtshilfe weiterführen.

Aufsehen erregende Geldfälschung.

* **Kempen**, 11. Dez. Die Polizei nahm zwei Personen fest, die einen größeren Geldbetrag unterschlagen haben, einer der Täter ist Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums. Die beiden Verhafteten waren in einem Betriebe beschäftigt, der seit längerer Zeit das Notgeld für den Kreis Kempen anfertigt, einer als Steindrucker, der andere als Maschinist. Anfänglich hatte die Gendarmerie die Nachtwache, diese wurde aber auf Antrag des einen Verhafteten beim Landrat den Arbeitern der Firma übertragen, da keine Bedenken vorlagen. Als die Arbeiternachtwache für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Vergütung verlangte, wurde das abgelehnt. Der Steindrucker nahm schon im Oktober unbeschnittene Notgeldbogen weg, übergab sie dem Maschinisten, sie beschnitten und numerierten die Bogen (1,5 und 10-Billionenscheine) und kauften an der Krefelder schwarzen Börse Devisen dafür. Die Krefelder Geschäften machten die beiden große Einkäufe, von hier kamen über eine Bank die Scheine zur hiesigen Sparkasse, die den Betrug entdeckte. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von zwei Billiarden. Beide Fälscher legten ein umfassendes Geständnis ab; sie hatten sich der Polizei schon verdächtig gemacht und eine Haussuchung lieferte dann nebst Gulden genügende Beweise für die Schuld zutage. Ein sauberer Stadtvater, der auf seine Art der „Allgemeinheit" dienen wollte!

Mädchenmord.

wtb **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Das Verschwinden der 17jährigen Kontoristin Erna Majewski wurde durch die Mordkommission aufgeklärt. Das Mädchen wurde von dem 22jährigen Max Kotschner in der Wohnung seiner Eltern erschossen. Kotschner, der festgenommen wurde, behauptete, daß ein Unglücksfall vorliege; dagegen ist festgestellt, daß die Majewski, die er infiziert hatte, ihn mit Anzeige wegen Körperverletzung bedroht hatte. Bei der Beiseiteschaffung der Leiche der Majewski wurde Kotschner von seiner Mutter unterstützt, die ebenfalls verhaftet wurde.

Eierhöchstpreis in Berlin.

bb **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Der Preis für ein Ei wurde von der amtlichen Preisfestsetzungsstelle für Berlin auf 25 Pfg. herabgesetzt. Jede Nichtbeachtung des Höchstpreises wird von der Wucherpolizei unnachsichtlich verfolgt werden.

Der Brand in den Delbrückschächten.

wtb. **Hindenburg**, 12. Dez. (Tel.) Der bereits gestern gemeldete Grubenbrand auf den Delbrück-Schächten hat noch fünf Opfer gefordert. Die bisher vermißten fünf Arbeiter sind als Leichen geborgen worden.

Pinkerton gestorben.

* **London**, 12. Dez. (Tel.) Der weltbekannte amerikanische Detektiv Pinkerton ist in Los Angelos gestorben.

Großer Kirchendiebstahl.

* **Madrid**, 12. Dez. Aus der berühmten Kathedrale von Covadonga haben Diebe Wertgegenstände im Betrage von acht Millionen Franken gestohlen.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Zum Geleit.

Des Lebens Mühe lehrt uns allein des Lebens Güter schätzen. (Goethe.)

*

Wo man arbeitet, da ist genug, wo man aber mit Worten umgeht, da ist Mangel.
(Sprüche Salomos.)

* * *

Erinnerungen.

1545 Eröffnung des Tridentinischen Konzils.
1769 Christian Fürchtegott Gellert gestorben.
1863 Der Dichter Friedrich Hebbel gestorben.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 13. Dezember 1923.

Wiederkehrendes Vertrauen des Publikums.

Wenn man gegenwärtig durch die Geschäftsstraßen geht, so gewinnt man den Eindruck, als habe der Rhythmus des Lebens sich verlangsamt, sich beruhigt. Die fliegende, nervöse Hast der Passanten, die von Laden zu Laden hetzten, scheint geschwunden; man sieht seit langer Zeit wieder einmal die Leute gemächlich von Schaufenster zu Schaufenster wandern und sich in die Auslagen vertiefen. Man sieht noch mehr: man sieht neben den ausgestellten Waren wieder Schilder mit Preisen in leserlichen Zahlen, in richtiger Währung, in Mark und Pfennig. Die geheimnisvollen Nummern, von denen man nie wußte, ob sie Millionen, Milliarden oder irgend ein anderes geheimnisvolles Abrakadabra darstellen sollten, sind wie mit einem Zauberschlag verschwunden.

Es zeugt von dem Verständnis der Geschäftswelt für die Zeichen der Zeit, daß sie sich mit wenigen Ausnahmen den veränderten Verhältnissen angepaßt und ihre Kalkulation auf Goldmark umgestellt hat. Und nachdem in den letzten Tagen das anfänglich phantastische Preisgebäude ins Wanken gekommen ist, nachdem die Preise sich den Weltmarktpreisen, wenn auch noch nicht vollkommen, anzupassen begonnen haben, beginnt auch das Vertrauen des kaufenden Publikums wiederzukehren. Hatte dieses anfänglich die kleinen Beträge an wertbeständigen Zahlungsmitteln, an Goldanleihe und Rentenmark, ängstlich in der Tasche behalten, so beginnt es neuerdings durch die wiedergekehrte Stabilität der Währung Dinge zu kaufen, die bisher für die große Masse entweder völlig unerschwinglich waren, oder an die man sich einfach nicht mehr herantraute, weil schließlich kein Mensch mehr eine Ahnung hatte, was die Ware eigentlich kostete. Es ist ja nicht jedermanns Sache, ein Geschäft zu betreten, um sich einen Preis nennen zu lassen und dann zu erklären, daß diese Summe die Mittel übersteige, die man anlegen will.

Es ist interessant, in diesen Tagen vor den Schaufenstern die Gespräche zu belauschen, die die Passanten beim Betrachten der Auslagen miteinander führen. Stets wird demgemäß geprüft, ob die angebotene Ware preiswert oder noch unverhältnismäßig teuer ist. Die Auslagen kann man wieder mustern, ohne den Kopf schütteln zu müssen. Das Publikum hat neben seinen Warenkenntnissen, die der kluge Kaufmann sicher nicht unterschätzt, auch ein sehr feines Gefühl dafür, wo es vorteilhaft kauft, und wo einstweilen noch Zurückhaltung geboten ist. Der kluge Kaufmann wird diese psychologische Einstellung der Käufer zu berücksichtigen wissen; nicht nur die Schaufenster, auch der Inseratenteil sollte dies erkennen lassen. Das Publikum, das bei den überaus kargen Goldlöhnen und Goldgehältern, die jetzt oft gezahlt werden, mehr als je mit dem Pfennig wird rechnen müssen, wird erst dann wieder mit dem alten Vertrauen die Kaufläden betreten, wenn es die Ueberzeugung hat, daß die Zeit der diskretionären Inflationsgewinne und Ueberpreise endgültig vorüber ist. Es atmet schon heute auf, weil es sieht, daß es endlich über den allerdringendsten Bedarf für das nackte Leben wieder kaufen kann. („Frm. a. d. H.")

* * *

—* **Eine Stadtverordnetensitzung** findet am morgigen Freitag, nachmittags 5 Uhr im Rathaussaale statt. Von der nur 9 Punkte umfassenden öffentlichen Sitzung interessieren Punkt 1: Wasserpreis für den Monat November und Punkt 6: Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer. — Am nächsten Dienstag, 18. Dezember, findet nachmittags 4 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaale eine gemeinsame Sitzung der Stadtverordneten und der Amtsverordneten des Amtes Westhofen statt. Zur Beratung stehen Sparkassen-Angelegenheiten.

—* **Zahlt die Grundsteuer!** In diesen Tagen ist zum ersten Male die neue preußische Grundsteuer zu entrichten, welche bei bebauten Grundstücken 20 Goldpfennige und bei allen übrigen, besonders landwirtschaftlichen und gärtnerischen, 25 Goldpfennige für je 1000 Mark des Wertes beträgt. Der Goldbetrag wird nach dem Tageskurs umgerechnet. Für die Novemberzahlung besteht aber die Vergünstigung, daß bei Zahlung, die spätestens an dem der Listenauflegung folgenden Tage (das ist für Schwerte Donnerstag, der 20. Dezember) geschieht, der Umrechnungskurs vom 15. November (300 Milliarden) zu Grunde gelegt wird. Wer später bezahlt, hat hierauf keinen Anspruch mehr, sondern muß die Steuer nach einem höheren Umrechnungskurs entrichten. — Für den Monat Dezember ist gleichfalls die Steuer sofort fällig und zwar nach dem Tageskurs. Umgehende Zahlung kann deshalb nur dringend empfohlen werden.

—* **Die schon seit längerer Zeit** nicht an die Oeffentlichkeit getretene Theatergesellschaft „Minerva" Schwerte veranstaltet am kommenden Sonntag, den 16. Dezember, im „Reiche des Wassers" einen Theaterabend. Die Zeit seiner Muße hat der Verein dazu benutzt, mit einem sehr guten Programm auf den „Brettern" zu erscheinen. Auf allseitigen Wunsch gelangt zur Aufführung „Der Paria", ein Trauerspiel, ferner „Fluchbeladenes Gold" und ein Lustspiel Ein Besuch der Veranstaltung kann nur bestens empfohlen werden.

+ **Ein großer Treibriemendiebstahl** wurde in der letzten Nacht in der Eisenbahnwerkstatt im „Grüntal" ausgeführt. Aus der Dreherei des Werkes wurden nicht weniger als sieben große Leder-Treibriemen von den Maschinen gestohlen. Von den Tätern fehlt noch jede Spur; auch ein an den Tatort gebrachter Polizeihund konnte nicht viel ausrichten.

—* **Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte.** Durch die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. 10. 23 ist die Zuständigkeit der Gewerbegerichte wesentlich erweitert. Das Gewerbegericht ist in Zukunft zuständig für die wichtigsten Streitigkeiten aus dem Betriebsrätegesetz, wie Einsprüche des Arbeiter- oder Angestelltenrates gegen die Arbeitsordnung und gegen die Wirksamkeit von Kündigungen, Festsetzung von Entschädigungen für den Fall der Nichteinstellung, Festsetzung von Strafen für den Fall, daß eine Einigung darüber zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat nicht herbeigeführt werden kann, über Erlöschen der Mitgliedschaft zum Betriebsrat und Ersatz der Zustimmung der Betriebsversammlung zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes sowie für alle Streitigkeiten über Notwendigkeit, Zuständigkeit, Geschäftsführung der Betriebsvertretungen und die Wahlen auf Grund des Betriebsrätegesetzes. Das Gewerbegericht entscheidet ferner in Zukunft über Lohnstreitigkeiten zwischen Landarbeiter und Arbeitgeber auf Grund der Landarbeitsordnung und über Anrechnung von Renten Versorgungsberechtigte auf Löhne und Gehälter auf Grund des Versorgungsgesetzes.

—* **Schadenersatz bei der Reichsbahn in Goldmark.** Sämtliche Schadenersatzleistungen der Reichsbahn werden rückwirkend vom 1. November ab auf Goldmark umgestellt. Für noch schwebende Schadenersatzansprüche aus der Zeit vor dem 1. November soll ein Vergleich mit dem Antragsteller herbeigeführt werden.

—* **Lichtscheues Gesindel** war es gewiß nicht, aber eine richtige Räuberbande, die gestern nachmittag, also am hellichten Tage, in Berghofen hauste. Fünfzehn Mann stark griff die Bande ein Lebensmittelfuhrwerk an, das Waren für Herrn Weinberg, hier, mit sich führte. Da der Fuhrmann bei dem Ueberfall allein war, hatten die Räuber leichtes Spiel. Aber zum Glück kam während des Kampfes ein beherzter Mann dem Fuhrmann zu Hilfe und die Räuber mußten weichen; jedoch nahmen dieselben zwei Kisten kondensierte Milch, einige Kisten Margarine und etwas Speck beim Rückzug mit!

—* **Mit Speck fängt man Mäuse — aber auch Diebe!** Heute früh 1 Uhr wollten drei Diebe denerst vor ein paar Tagen hier in der Brückstraße von der Dortmunder Firma Fritz Reuter eingelagerten Speck aneignen. Dem Geschäftsführer, Herrn Karl Kappat, gelang es jedoch mit Hilfe der Polizei einen gewissen Oskar Sturm, welcher sich bereits auf dem Dachboden befand, zu stellen. Die beiden anderen wurden verfolgt, entkamen aber. Auch wurden auf beiden Seiten Schüsse gewechselt. Der Einbruch mißlang. Den beiden andern Dieben ist man auf der Spur.

—* **Weiterführung der Erwerbslosenfürsorge.** Die Sätze für die Erwerbslosenfürsorge sind, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, in dieser Woche dieselben, wie in der vergangenen. Ueber die Erwerbslosenfürsorge verlautet noch, daß die Reichsregierung bis jetzt die Weiterführung der Erwerbslosenfürsorge bis zum 1. März gesichert hat, und daß sie hofft, auch nach diesem Termin die Weiterführung möglich machen zu können.

—* **Kein Zwang mehr, bei der Post wertbeständig zu zahlen!** Die Anordnung, daß beim Einkauf von Postwertzeichen mindestens die Hälfte des Kaufbetrages in wertbeständigem Gelde zu zahlen ist, wenn von einer Markensorte über 100 Stück angefordert werden, ist nicht mehr erforderlich, und wurde deshalb aufgehoben.

—* **Goldbilanz für steuerliche Zwecke am 31.** Dezember 1923. Bei den Steuerberatungen des Reichswirtschaftsrats am 5. ds. Mts. wurde dem Paragraphen bezüglich der Aufstellung einer Goldbilanz für steuerliche Zwecke in folgender Fassung zugestimmt: „Steuerpflichtige, die Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu führen verpflichtet sind, haben auf den 21. Dezember 1923 eine Bilanz für steuerliche Zwecke in Gold aufzustellen. Für den Fall, daß der 31. Dezember 1923 nicht den Schluß des Geschäftsjahres eines Unternehmens darstellt, ist eine Vermögensaufstellung in Gold für steuerliche Zwecke aufzustellen. Die hierin angegebenen Werte sind bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer als Mindestbeträge anzusetzen; sie gelten als Anschaffungswerte bei der Feststellung des steuerbaren Einkommens im Kalenderjahr 1924."

Aus den Provinzen.

Ruhrgebiet. „Kapitulation der Ruhr-Industriellen". Der „Matin" schreibt über das gestrige Düsseldorfer Abkommen unter der Ueberschrift „Die Kapitulation der Ruhrindustriellen": Die Industriellen, die gestern Verträge mit der Micum unterzeichnet haben, produzieren jährlich vier Millionen Tonnen und schulden noch 1 Million Dollar an rückständiger Kohlensteuer. Es bleiben jetzt nur noch zwei Gruben übrig, die mit der Micum noch nicht in Verbindung getreten sind, nämlich die Grube Mont Cenis, in der englisches Kapital steckt, und die Grube Mansfeld. Die Gesamtheit der bis jetzt mit der Micum abgeschlossenen Verträge umfaßt 95 Prozent der Produktion der Ruhrindustriellen. Dadurch ist gleichzeitig automatisch das Abkommen mit Stinnes gültig geworden, dessen Giltigkeitserklärung davon abhängig gemacht worden war, daß mindestens mit 80 Prozent der Ruhrindustrie innerhalb 10 Tagen Vereinbarungen getroffen würden.

Recklinghausen. (Eine schwere Gasexplosion) ereignete sich im Hause Paulusstraße 63 (Sassel). Man hörte in dem Hause einen furchtbaren Knall und Fensterscheiben flogen zersplittert auf die Straße. Nach Angabe der Familie muß ein Gashahn undicht gewesen sein, wodurch die Wohnung sich mit Gas füllte, das sich dann in einer mehrere Meter langen Stichflamme entzündete. Die Bewohner erlitten erhebliche Brandwunden im Gesicht. In der Wohnung wurde durch den Luftdruck, den die Explosion hervorrief, erheblicher Schaden angerichtet.

Wattenscheid. Eine Anleihe der Stadt Wattenscheid. Die Stadt Wattenscheid wird bei der Landesbank in Münster eine kurzfristige Anleihe aufnehmen, die zur Deckung der laufenden Schulden Verwendung finden soll. Vorgesehen sind 100 000 Goldmark (mit Zinsendeckung 105 000 Goldmark), die 105 Billiarden Papiermark entsprechen.

Köln. Durch ein kleines Fenster, durch das sich ein menschlicher Körper kaum hindurchzwängen kann, verschafften sich nachts Einbrecher auf rätselhafte Weise Eingang in ein Geschäftshaus und erbeuteten zahlreiche Pelzmäntel von ungeheurem Wert, mit denen sie unerkannt entkamen. Der Inhaber hat eine Belohnung von hundert englischen Pfund auf die Wiederbeschaffung der Pelze ausgesetzt.

Großer Weihnachts-Verkauf in allen Abteilungen unseres Hauses!

Enorme Auswahl!
Sehr billige Preise!

Sonntag, den 16. u. 23. Dezember ist unser Kaufhaus von 1 bis 6 Uhr abends geöffnet!

Basse & Uerpmann A.G. Iserlohn

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

37] (Nachdruck verboten.)

Da verbeugte er sich zustimmend, und nach einer kleinen Weile, wie wenn sie erst die nötige Kraft dazu hätte sammeln müssen, fuhr Luisa fort: „Um jene Zeit war es, als mir mein Vater, der damals noch zeitweilig unter Menschen gehen konnte, freudestrahlend mitteilte, daß Herr Jens Jenssen bereit sei, ihm durch ein größeres Darlehen über seine schlimmsten Verlegenheiten hinwegzuhelfen. Es sei ihm gelungen, ihn davon zu überzeugen, daß seine Angelegenheit in längstens einem halben Jahre zu einem siegreichen Ausgang gelangt sein müsse, und daß er ihm dann auf Heller und Pfennig die fünfzehntausend Mark zurückzahlen würde, die er jetzt von ihm erbeten. Ich erschrak in innerster Seele, als ich es hörte. Denn ich wußte ja, daß der unverwüstliche Optimismus meines Vaters nicht mehr die geringste Berechtigung hatte, und mein Ehrgefühl lehnte sich gegen die Vorstellung auf, einen gutgläubigen Menschen getäuscht zu sehen. Obwohl die fünfzehntausend Mark für uns in der Tat nicht viel weniger als die Entscheidung über Sein oder Nichtsein bedeuteten, war ich doch vom ersten Augenblick an nicht darüber im Zweifel, daß Jenssen an ihrer Hergabe verhindert werden müsse. Ich wäre mir wie die Mitschuldige an einem scheußlichen Betruge vorgekommen, wenn ich es hätte geschehen lassen."

„Das ist eine Denkungsart, die Hochachtung, ja, ich möchte beinahe sagen: Bewunderung verdient, Fräulein Magnus! Und Sie haben in Wahrheit nach diesem Entschlusse gehandelt?"

„Gewiß habe ich das getan! Und ich bin weit entfernt, in der Erfüllung einer einfachen Anstandspflicht etwas Bewunderungswürdiges zu sehen. Da mir eine schriftliche Verständigung nach Lage der Dinge unmöglich schien, setzte ich alle kleinlichen Schicklichkeitsrücksichten beiseite und suchte Ihren Onkel in seiner Wohnung auf. Er behandelte mich mit mehr Ritterlichkeit und Zartgefühl, als ich es bei seinen etwas ungeschlachten Manieren zu hoffen gewagt hatte, und als ich ihm mit rückhaltloser Offenheit die Aussichtslosigkeit des von meinem Vater geführten Kampfes dargelegt hatte, erklärte er mir rundheraus, daß auch er nicht einen Augenblick an einen günstigen Ausgang der Angelegenheit geglaubt habe und nicht die geringste Hoffnung hege, sein Geld jemals zurückzuerhalten. Aber er sei ein wohlhabender Mann, für den eine Summe von fünfzehntausend Mark nicht allzu viel bedeute, und es mache ihm Vergnügen, uns in der unverschuldeten Bedrängnis beizustehen!"

„Das ist in der Tat sehr viel mehr, als ich der Großmut des Herrn Jenssen jemals zugetraut hätte! Und nach solcher Begründung hatten Sie ja in der Tat keinen Anlaß mehr, das Anerbieten zurückzuweisen."

Wieder traf ihn jener seltsame erstaunte und schmerzlich vorwurfsvolle Blick, der ihm vorhin so wunderlich zu Herzen gegangen war.

„Sagen Sie mir doch, Herr Rodeck, ob Sie es angenommen hätten, wenn Sie an meiner Stelle gewesen wären! Sie schweigen —! Nun wohl, auch ich achtete meinen Vater und mich selbst nicht so gering, daß ich einem fremden Menschen gestattet hätte, uns mit einem Almosen beizustehen! Und ich zögerte nicht eine Sekunde lang, Ihrem Onkel das zu erklären. Es mag sein, daß ich dabei vielleicht sogar heftiger und unfreundlicher wurde, als seine gute Absicht es verdient hatte. Und ich machte mir in der Stille des Herzens Vorwürfe wegen meines allzu schroffen Benehmens, nachdem ich ihn verlassen. Natürlich glaubte ich, daß damit alle Beziehungen zwischen ihm und uns zu Ende seien, und ich war nicht wenig überrascht, als mir am nächsten Tage in Abwesenheit meines Vaters der Besuch des Herrn Jenssen gemeldet wurde."

„In feierlicher Kleidung und mit feierlichem Wesen trat er ein, und schüchtern wie ein Jüngling kam er mit der Frage heraus, ob ich seine Hilfe auch dann zurückweisen würde, wenn er mir mit ihr zugleich sein Herz und seine Hand anzubieten wage. Ich war von dem Unerwarteten so überrascht und betroffen, daß ich nicht sogleich eine Antwort zu finden wußte, obwohl ich natürlich nicht im Zweifel darüber war, wie diese Antwort ausfallen müsse. Ihr Onkel aber war verständig genug, meinem Zaudern die rechte Deutung zu geben, und er benutzte die Frist, die ihm durch die Verzögerung meiner Abweisung gegeben wurde, um mir mit männlichem Freimut seine Gedanken und Empfindungen zu offenbaren. Er sei nicht so töricht, sagte er, die Bedenklichkeiten zu übersehen, die ich gegen eine Annahme seines Antrages hegen müßte. Er sei von seinem sechzigsten Geburtstage nicht mehr allzu weit entfernt, und er sei weder ein schöner noch ein gebildeter oder geistreicher Mann. Wenn er schon in seinen besten Jahren kaum die Fähigkeit besessen habe, ein Frauenherz in Flammen zu setzen, so dürfe er sich darauf jetzt, in seinem vorgerückten Alter, natürlich noch viel weniger Hoffnung machen, und alles, was er im günstigsten Fall von mir erwarten würde, sei ein Gefühl aufrichtiger Freundschaft und Anhänglichkeit. Er wolle mir denn auch viel mehr ein aufrichtiger, hingebender und uneigennütziger väterlicher Freund als ein anspruchsvoller Gatte sein. Und nie würde er von mir mehr fordern, als mein Herz ihm aus eigenem Antrieb zu gewähren vermöchte."

Rodeck suchte sich seinen Onkel in der geschilderten Situation vorzustellen, und aufs neue wallte jenes Gefühl der Abneigung und der Verachtung in ihm auf, das nun einmal mit jeder Erinnerung an die Persönlichkeit dieses Mannes untrennbar verbunden war.

„So ungefähr pflegen ja vermutlich alle zu sprechen," sagte er, „die noch in solchen Jahren ein junges Mädchen für sich zu gewinnen suchen. Und Sie konnten sich wohl kaum einer Täuschung hingeben über die Natur der Wünsche, die hinter diesen verlegenen Redensarten verborgen waren?"

„Wenn wir Frauen Mißtrauen setzen wollten in jedes Wort, das ein Bewerber zu uns spricht, so hätten wir dazu vielleicht noch besseren Grund denen gegenüber, die unausgesetzt ihre große Leidenschaft und ihren heroischen Opfermut im Munde führen. Auf die Gefahr hin, Ihnen sehr töricht und unerfahren zu scheinen, muß ich gestehen, daß ich mich von der ehrlichen Schlichtheit Ihres Onkels überzeugen ließ, und daß ich bis zur Stunde seines Todes nicht einen Augenblick irre geworden bin an seiner Wahrhaftigkeit."

(Fortsetzung folgt.)

Unterm Joch.

Jetzt, fünf Jahre nach dem Weltkriege, empfindet man an der Themse sehr unliebsam, daß die Verhältnisse sich bedeutend geändert haben. Vor der Gründung der Entente bestand in Frankreich gegen England eine Art von Schadenfreude, die namentlich während der britischen Mißerfolge im Burenkriege zum Ausdruck kam. Man dankte also in Paris der Londoner Regierung nur wenig für die politische Nachsicht, die sie zur Schau trug. Als dann die Entente vereinbart war, und der französische Chauvinismus in dem seegewaltigen England einen Verbündeten in der Revanche gegen Deutschland sah, änderte sich dieses Verhältnis, und das phrasenreiche Paris erfand den Titel „herzliches Einvernehmen" für die Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Das Wort „herzlich" als Etikett für das französisch-englische Verhalten zueinander war zum mindesten naturwidrig. Zwei Nationen, die einen so außerordentlich verschiedenen Charakter haben, wie die englische und französische, können nie auf einem herzlichen Fuß zu einander stehen. Das ist auch während des Krieges nicht der Fall gewesen, und die Franzosen haben sich oft genug über ihre Verbündeten, obwohl sie doch militärisch sehr darauf angewiesen waren, lustig gemacht. Die Entente konnte sich höchstens, wenn man einen sehr milden Ausdruck gebrauchen wollte, eine „Verständigung zur Neuregelung der europäischen Interessensphären mit allen Mitteln" nennen.

Die Engländer hatten im Kriege bald erkannt, daß die Franzosen glatt verloren gewesen wären, wenn sie ihnen nicht Beistand geleistet hätten. Aus dieser Tatsache erhob sich ihre eigene Wertschätzung zu einem sehr hohen Maße. Auf der Friedenskonferenz von Versailles sank das Barometer des britischen Hochgefühls sehr beträchtlich, und Lloyd George ließ sich von seinem französischen Kollegen Clemenceau gehörig über den Löffel barbieren. Als des letzteren Nachfolger Millerand, Briand und nun zuletzt Poincaré erkannten, daß die englische Schwäche ungleich größer sei, als die Energie, besorgten sie gründlich weiter, was Clemenceau mit vielem Geschick angefangen hatte.

Und zur Diplomatie gesellte sich in Paris die militärische Machtpolitik, die den Briten die letzte Waffe des Widerstandes aus der Hand wand. In London glaubte man in seiner Schwäche für Frankreich immer wieder, daß dieses sich besinnen werde, und scheute die fatale Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges. Damit waren die Franzosen nun vollständig obenauf, und als nun gar das Wagestück der französischen Ruhraktion gelang, die sich über kurz oder lang unbedingt zu einer Lebensfrage für England auswachsen mußte, da war Poincaré klar darüber, daß er der Regierung Baldwins in London alles bieten konnte.

Jetzt, jetzt endlich ist die letztere zu der Erkenntnis gekommen, daß sie mit Frankreich nicht mehr auf gleichem Fuße verhandelt, sondern unter französischem Joche steckt, und daß Poincaré sie von neuem zu überlisten sucht, indem er anscheinend Konzessionen macht.

Aus aller Welt.

— **Die Verschuldung an Amerika.** Die Guthaben der Vereinigten Staaten bei den Verbündeten in Europa betragen nach einer Berechnung vom 21. Aug. 1922 11,5 Milliarden, genauer genommen 11 525 Millionen Dollars. Die ursprünglichen Darlehen beliefen sich auf 10 102,3 Millionen, die aufgelaufenen Zinsen auf 1 422,7 Millionen. Bezahlt waren an Zinsen bis dahin nur 306 Millionen. Die größte Schuld trägt Großbritannien mit insgesamt 4746,9, dann Frankreich mit 3770,9, Italien 1801,5, Belgien 428,5, Rußland 27,6, Polen 158, die Tschechoslowakei 104,7, Serbien 38,4, Rumänien 41,4, Oesterreich 26,2, Estland 16,1, Griechenland 15,4, Armenien 13,8, Finnland 9,8 usw. An Zinsen bezahlt hatten England 250,1, Frankreich 170,3, Italien 57,6 Belgien 14,6, Rußland 7,7 Millionen usw. Vor dem Kriege waren die anderen Erdteile mit Einschluß der Vereinigten Staaten an Europa durch Kapitalsdarlehen verschuldet. Diese Schulden waren durch die Kriegslieferungen schnell abgetragen und ins Gegenteil verkehrt. Bisher haben erst drei Staaten, Kuba, Finnland und Großbritannien Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten wegen einer Abtragung ihrer Schulden getroffen und die eigentlichen Zahlungen begonnen.

Ein Graphologe auf der Spur eines Mörders

Die ersten Seiten der amerikanischen Tageszeitungen bringen spaltenlange Berichte über den unaufgeklärten Mord, der im Jahre 1920 in New York an dem reichen Rennstallbesitzer James Elwell verübt wurde. Dieses neuerweckte Interesse ist darauf zurückzuführen, daß ein polnischer Graphologe, Raphael Shermann, der behauptet, besondere psychische Kräfte zu besitzen, neue Spuren in der Mordaffäre gefunden haben will. Vor einigen Tagen wurde Shermann von einem Polizeikommissar die Handschrift einiger bekannten Personen vorgelegt, und es gelang ihm, den Charakter dieser Personen, von denen einige nicht mehr am Leben waren, verblüffend genau zu deuten. Der Polizeikommissar legte nun Shermann die Handschrift des ermordeten Elwell vor, und sofort erkannte dieser daraus, auf welche Weise der Mord geschah; außerdem erzählte er Einzelheiten, die bei näheren Nachforschungen sich als richtig herausstellten. Außerdem las Shermann aus der Handschrift, daß Elwell zu vielen Frauen Beziehungen hatte. Unter den Briefen dieser Frauen, die meist nur mit dem Vornamen unterzeichnet waren, und die man Shermann vorlegte, befand sich ein Briefchen von Interesse, das „Marjorie" (ein englischer Mädchenvorname) unterzeichnet war. Die Polizei nahm bisher an, daß diese Persönlichkeit Elwell am Morgen vor der Ermordung besucht habe. Die Frage Shermanns, ob die Polizei diese Frau gefunden hätte, wurde verneint. Shermann fand diese Tatsache sehr natürlich, denn der Brief sei überhaupt nicht von einer Frau, sondern von einem Manne geschrieben. Die Newyorker Polizei sucht nun die Spur dieses von Shermann aus seiner Handschrift erratenen Mannes, der des Mordes verdächtig ist.

Alte westfälische Grabinschriften.

Steh Wanderer, beschau des großen Dichters Bild.
Büttlerus liegt allhier in Marmor eingehüllt.
Im Leben konnt' er kaum die Notdurft sammeln ein
An Platz des Brots gab man dem Dichter einen Stein.

•

Hier ruht Naran, der sich den Ruhm der Mäzenaten
Zu seiner Dichtkunst Glück erwarb.
Er tat zuletzt die beste seiner Taten zu seiner Ehr' — und starb.

•

Hier liegt Lyrabilus, der Orpheus unsrer Zeiten,
Ein großer Musikus und Künstler auf den Saiten.
Von dessen Tonkunst, die er würdig hat erreicht,
so manches Dorfkonzert und Kirmeß Proben zeigt.
Die Leyer selbst schien ihm sein Sterben anzudeuten.
Es rissen unberührt auf einmal alle Saiten.

Der rasende Rehbock.

Ein eigenartiges Erlebnis hat vor kurzem ein junger Landwirt aus dem Erzgebirgischen gehabt. Er fuhr auf einem Wagen durch den Wald, als plötzlich aus dem Dickicht ein stattlicher Rehbock über den Weg setzte und das Gefährt angriff, wobei er den Landwirt vom Wagen herabriß. Es folgte nun ein regelrechter Ringkampf zwischen Mensch und Rehbock, wobei beide von den Pferden fortgeschleift wurden und der überfallene Jäger sogar von seinem eigenen Wagen überfahren wurde. Er war aber beherzt genug, seine Beute nicht loszulassen, sondern tötete den Rehbock und brachte ihn, selbst arg zerschunden, als schwer errungene Beute nach Hause.

Unzeitgemäße Betrachtung.

Dem Schieber weht in diesen Zeiten günst'ger Wind
Steh' ich neben einem, drück' ich mich geschwind;
Lieber noch hinaus aufs Land, zu Pflug und Spaten
Und den Blick gewandt in gold'ne Saaten! —
Meine Ernte wächst heran in weitem Raum,
Ueber allem Erdenstand, ein lichter Traum.
Dem Verlor'nen, Flücht'gen fern, mit stolzem Glauben:
Keiner kann mein eigen Seelenland mir rauben!

Theo Schäfer.

Handel und Börse.

)(**Gegen die Westfälische Wertpapierbörse.** Die Dortmunder Handelskammer schreibt: Die Handelskammer als Hüterin der neu gegründeten Dortmunder Börsenvereinigung, die bekanntlich die Errichtung der Westfälischen Wertpapierbörse in Dortmund anstrebt, verfolgt mit Erstaunen die Vorgänge innerhalb der Essener und Düsseldorfer Börse bezw. der Kurzenvereinigung. Die Dortmunder Bankkreise, die mit Rücksicht auf ihre lange Zugehörigkeit zur Essener und Düsseldorfer Börse dem Plan zunächst nur zögernd gefolgt sind, haben sich inzwischen überzeugt, daß die Errichtung einer westfälischen Wertpapierbörse in Dortmund dem Bedürfnis weiter Kreise entspricht, und zwar gerade solcher Kreise, die bisher von Essen und Düsseldorf nicht erfaßt worden sind. Obwohl die Dortmunder Handelskammer der Ueberzeugung war und ist, daß die Dortmunder Börse an sich ohne Essen und Düsseldorf ein durchaus lebensfähiges Instrumens darstellt und nicht auf Zustimmung Essens und Düsseldorfs angewiesen ist, hat sie auf Wunsch einiger örtlicher Stellen, denen ein Einverständnis mit den Nachbarbörsen am Herzen lag, den Versuch einer Verständigung noch einmal gemacht, der auf Grund früherer Erfahrungen von ihr zunächst nicht mehr beabsichtigt war. Durch eine heftige und leider zum Teil nicht sachliche Propaganda ist in Essen und Düsseldorf die Grundlage der ganzen Angelegenheit verschoben worden. Essen und Düsseldorf haben sich auf die Frage eingestellt, ob das Bedürfnis einer Dortmunder Wertpapierbörse von ihrem Standpunkt aus zu bejahen sei. Sie haben dabei naturgemäß allein Rücksicht auf ihre eigenen Kreise und Interessen genommen und vom Interessenstandpunkt aus die Frage verneint. Das aber ist für die Gesamtbeurteilung gegenstandslos.

•

)(**Barmer Bankverein A. G., Barmen.** Die in Berlin abgehaltene außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Verlegung des Sitzes nach Berlin und die Erweiterung des Aufsichtsrates. Wie der „Berliner Börsen-Courier" erfährt, ist die Ausdehnung des Geschäfts zum Teil unter Mitwirkung ausländischen Kapitals nach Norddeutschland beabsichtigt. Eine Zweigniederlassung wird in Hamburg errichtet.

•

)(**Ueberall starkes Warenangebot — anhaltende Markbesserung.** Die Markbesserung und die rasch vorwärtsschreitende Umstellung auf Rentenmark hat auf dem Lebensmittelmarkt eine Hochflut von Angeboten hervorgerufen, die eine erfreuliche Preissenkung im Gefolge hatte. In erster Linie machte sich das zunehmende Vertrauen zur eigenen Währung auf den Schlachtviehmärkten bemerkbar, die durchweg eine reichliche Beschickung mit Schlachtvieh aufwiesen. So konnten in Berlin die Preise um 17—35 Prozent herabgesetzt werden. Auch von anderen Plätzen wird ein reichliches Schlachtviehangebot gemeldet. Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikate und vor allen Dingen Fette ließen ebenfalls im Preise nach. Natürlich hat die Kauflust des Publikums dadurch eine wesentliche Steigerung erfahren und die Geschäftsleute können allenthalben gute Umsätze verzeichnen. Eine erfreuliche Folge der Belebung des Lebensmittelmarktes ist die Oeffnung großer Hamsterlager. Plötzlich werden Fleischdauerwaren, Konserven, Büchsenmilch, Zucker in beliebigen Mengen angeboten, Dinge, die man monatelang nicht zu sehen bekam. Auch die sehr knappe Butter beginnt sich wieder in größeren Mengen zu herabgesetzten Preisen zu zeigen. Infolge der erfreulichen Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt, die sich hoffentlich bald auch auf andere Märkte erstrecken wird, haben sich die Lebenshaltungskosten etwas vermindert, was für die Kaufkraft des Publikums besonders im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest von außerordentlicher Bedeutung ist. Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts haben die Lebenshaltungskosten eine Abnahme von 1,3 Prozent zu verzeichnen. Hoffentlich sind diese Preissenkungen von anhaltender Wirkung.

Todesanzeige!



Unser Leben währet 70 Jahre und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.

Nach Gottes heiligem Willen wurde uns plötzlich und unerwartet unser herzensguter, stets treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel

der Obermeister

Wilhelm Schulte-Tillmann

im Alter von 70 Jahren durch den unerbittlichen Tod entrissen.

In tiefer Trauer:

Familie Schulte-Tillmann.

Schwerte, Dortmund, Westheide bei Hennen und Lünern, den 12. Dezember 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Dezember 1923, nachmittags 1/4 4 Uhr vom Trauerhause Ostbergerstraße 6 aus, statt.

3432

Reisender

zum Besuche der Kundschaft in Schwerte, Hagen, Hörde, Aplerbeck usw. zum sofortigen Eintritt gesucht.

F. W. Nippus,
Schokoladen- und Zuckerwaren en gros,
Ostenstraße 26. 3431

Rein Uebersee-Rauchtabake
schon von 80 Pfg. an pro Pfund
Zigarren
bis zu den feinsten Habanna-Sachen
sowie ständig Gelegenheitsposten weit unter Tagespreis! (Lagerbesuch lohnend)
Wilh. Ahrens, Zigarrenfabrik, Herford,
Fernsprecher 816. 3430

Hege und Jagd
ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler jagd- und Hundezüchter-Vereinigungen des In- und Auslandes. — Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Kartoffelschalen
werden gekauft
Große Marktstr. 3.

Bekanntmachung.

Von der **Westf. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft** ist zur Deckung der durch die Geldentwertung verursachten Mehrausgaben die Erhebung **weiterer Beitragsvorschüsse** angeordnet. Die Vorschüsse betragen **40 Goldpfennige für je 1 Mark** der nach dem Gesetze vom 21. 5. 1861 staatlich veranlagten **Grundsteuer**. Alle Grundstückseigentümer, die bisher Beiträge an die Westf. landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu entrichten hatten, werden hiermit aufgefordert, die Vorschüsse **bis spätestens zum 20 Dezember 1923** an die Stadtkasse einzuzahlen. Bei nicht pünktlicher Zahlung erfolgt alsbald Zwangsbeitreibung. Die Höhe der Vorschüsse ist bei der Stadtkasse zu erfahren. Verspätete Zahlungen erhöhen sich entsprechend der inzwischen eingetretenen Geldentwertung. Außerdem ist eine **Abschlagszahlung auf die Umlage zur Landwirtschaftskammer 1923/24 in Form eines 50%igen Zuschlages zu den Beiträgen der Unfall-Berufsgenossenschaft fällig.**

Besondere Zahlzettel werden nicht zugestellt.

Schwerte (Ruhr), den 12. Dezember 1923.

3434 **Der Magistrat:** Rohrmann.

Ferkel u. Jungschweine
prima Rasse, billig abzugeben 3429
Gut Bangert, Ergste

Theodor Körner
Wer hat ein Bild oder Büste von ihm und leiht dieselbe einmal?
Zu erfragen in der Geschäftsstelle

1924 Soennecken-Kalender!
Jetzt ist es Zeit,
daß Sie Ihren Ersatz-Block bestellen!
Lösen Sie das letzte Blatt Ihres Kalenders mit der Fabriknummer ab und senden Sie es unverzüglich an unsere Geschäftsstelle
Gr. Marktstr. 3

Buchhandlung Carl Braus.